

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 37/0006/WP17
Federführende Dienststelle: Feuerwehr		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	06.11.2015
		Verfasser:	FB 37/00
Flächendeckende Verteilung von Jodtabletten			
Beratungsfolge:			TOP: __
Datum	Gremium	Kompetenz	
11.11.2015	Rat	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Antrag der Grüne-Fraktion vom 26.10.2015 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf die Landesregierung insoweit einzuwirken, ihrer pflichtigen Verantwortung durch die Regelung der Vorabverteilung der Kaliumiodid-Jod-Tabletten an alle Haushalte nachzukommen.

Philipp

Oberbürgermeister

finanzielle Auswirkungen

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Erläuterungen:

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Ressourcen zur Lagerung von Kaliumiodid-Jod-Tabletten (KJT) zum Schutz gegen radioaktives Jod für Schwangere und Personen unter 45 Jahren zur Verfügung gestellt. Eine Konzeption zur Verteilung der Tabletten liegt den Kommunen bislang nicht vor.

Die Verwaltung hält insbesondere das Einwirken auf die Landesregierung für vordringlich, die Organisation der Verwaltung und Verteilung von KJT (optimiert: als Vorabverteilung) voranzutreiben.

Situation: Verteilung durch die Stadt Aachen:

Neben der Beschaffungsdauer von (derzeit) einigen Monaten und der Beschaffungskosten von 7,50 €/10 Tabletten hält die Verwaltung eine rechtliche wie medizinische Expertise für eine solche Vorabverteilung der Medikamente für dringend angezeigt.

Kommt es zu solch einer systematischen Verteilungsstruktur, sind in der Verwaltung der Stadt Aachen weitere Fachbereiche/Ämter, die originäre Zuständigkeiten im Katastrophenschutz haben, einzubinden,

u.a. Gesundheitsamt, Fachbereich Personal und Organisation, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Bürgeramt, Fachbereich Presse und Marketing, Datenschutzbeauftragter, etc.

Aus Sicht der Verwaltung bietet allerdings auch eine perfekte Organisation des Katastrophenschutzes keinen absoluten Schutz vor negativen Auswirkungen eines Nuklearunfalls. Der einzige wirksame Weg ist der möglichst rasche Ausstieg aus der Atomkraft, so, wie der Rat der Stadt dies bereits in seinen Resolutionen zur Abschaltung der Atomkraftwerke Tihange und Borssele gefordert hat.

Anlage/n:

Antrag Grüne-Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 26.10.2015

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
22. Okt. 2015

26.10.2015

Nr. 122/17

GRÜNE 33 / 2015

Ratsantrag

Flächendeckende Verteilung von Jodtabletten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass an alle Haushalte in der Stadt Aachen als vorsorgliche Schutzmaßnahme für den Fall eines Kernkraft-Störfalls Jodtabletten (Kaliumiodid 65 AApot) verteilt werden. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, ausreichende Tablettenvorräte an Betriebe und öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Schulen auszugeben.

Begründung

Bei Unfällen in Kernkraftwerken kann es zur Freisetzung von radioaktivem Jod kommen. Jod wird vorzugsweise in der Schilddrüse gespeichert. Die rechtzeitige Einnahme von Jodtabletten führt zu einer so genannten *Jodblockade*: die Schilddrüse wird durch die Einnahme der Jodtabletten mit gesundem Jod „gesättigt“ und kann kein radioaktives Jod mehr aufnehmen. Die konzentrierte Speicherung von radioaktivem Jod in der Schilddrüse wird somit verhindert. Wichtig für diesen Effekt ist, dass die Jodtabletten rechtzeitig eingenommen werden. Die Einnahme von Jodtabletten muss spätestens zwei bis drei Stunden vor dem Eintreffen der radioaktiven Wolke erfolgen.

Diese Maßnahme ist allerdings nur dann sinnvoll, wenn die Bevölkerung gleichzeitig dazu angehalten wird, sich nicht im Freien aufzuhalten. An dieser Stelle wird sehr deutlich, dass die Verteilung der Jodtabletten erst nach einem Reaktorunfall in Wahllokalen, die die Bürgerinnen und Bürger erst aufsuchen müssen, keinen Sinn macht.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Pauli-Str. 1
D-52064 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Zudem erscheint es sehr unrealistisch, in dem – je nach Windrichtung und Windstärke – sehr kurzen Zeitraum zwischen der Bekanntgabe eines Kernkraft-Störfalls und dem sinnvollen Einnahmzeitpunkt des Kallumiodids, die zentral gelagerten Tablettenvorräte zu allen Wahllokalen zu transportieren und von dort rechtzeitig an die Bevölkerung zu verteilen.

Diese Einschätzung bestätigen auch die Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland in einer Stellungnahme des Arbeitskreises Zivil- und Katastrophenschutz Ihrer Arbeitsgemeinschaft AGBFbund. Zur Verteilung von Jodtabletten im Rahmen des Katastrophenschutzes in der Umgebung kerntechnischer Anlagen geben die Feuerwehrchefs folgende Hinweise (Stand 15.5.2015):

„8. Verteilung der Jodtabletten

[...] Die Aufgabe der Verteilung der Jodtabletten auf lokaler Ebene wird dem Katastrophenschutz zugeordnet. Diese Organisationsform birgt erhebliche organisatorische sowie haftungs- und strafrechtliche Risiken, wie nachfolgend näher ausgeführt wird.

8.1. Sofern Gefahrenabwehrbehörden bei der Verteilung von Jodtabletten auf die Ressourcen des Katastrophenschutzes zurückgreifen wollen, müssen sie berücksichtigen, dass der Katastrophenschutz zahlreiche andere Aufgaben der unmittelbaren Gefahrenabwehr zu leisten hat, so zum Beispiel Evakuierungen, Rettungs- bzw. Sanitäts- oder Betreuungsdienste, ggf. auch Brandbekämpfungen oder technische Hilfeleistungen. Die Einsatzkräfte der Feuerwehren können für die Verteilung von Jodtabletten an die Bevölkerung nicht eingeplant werden. Gleiches ist für die Einsatzkräfte der privaten Hilfsorganisationen sowie das Technische Hilfswerk anzunehmen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Verfügbarkeit der Einsatzkräfte eingeschränkt sein kann, da ein nicht unerheblicher Teil von ihnen selbst als Bürgerinnen und Bürger von den Gefahrenabwehrmaßnahmen betroffen ist, die sich auch um die eigenen Familien kümmern müssen und wollen.

8.2. Bei „schnell ablaufenden Ereignissen“ (RE Ziffer 3.8.4 und Anhang 1) verbleibt den Katastrophenschutzbehörden ein Zeitraum von weniger als 6 Stunden um zu reagieren. Dies ist mit Blick auf den logistischen Aufwand der Verteilung von Jodtabletten auch unter idealisierten Voraussetzungen unrealistisch. Es ist ferner zu berücksichtigen, dass bei mittleren Windgeschwindigkeiten der zeitliche Versatz zwischen der Zentralzone und der Fernzone lediglich 2 bis 3 Stunden beträgt.

Eine funktionierende und rechtssichere Verteilung der Jodtabletten durch die Katastrophenschutzbehörden kann nur durch eine Vorverteilung bis in die Haushalte hinein erreicht werden. Dies muss nicht nur (wie bisher) für die Zentralzone gelten, sondern auch für die Mittel-, Außen- und Fernzone. Über die Medien bzw. mit den Instrumenten zur Warnung und Information der Bevölkerung ist dann nur noch der Zeitpunkt der Einnahme zu kommunizieren.“

Dieser Stellungnahme der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland kann vernünftigerweise nicht widersprochen werden. Der Rat ist gefordert, die notwendigen Beschlüsse zu fassen, so dass im Ernstfall eine funktionierende und rechtssichere Verteilung der Jodtabletten gewährleistet werden kann.

Durch diese Maßnahme darf nicht der Eindruck und die Erwartungshaltung entstehen, mit der Einnahme von Jodtabletten seien die Folgen der radioaktiven Verseuchung beherrschbar. Wie wichtig die rechtzeitige Einnahme von Jodtabletten aber dennoch ist, wissen wir seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Damals wurden in Polen, dessen Bevölkerung durch den Durchzug der radioaktiven Wolke besonders betroffen war, 10,5 Millionen Kinder und 7 Millionen Erwachsene mit Jod behandelt. Die positive Wirkung der Jodblockade konnte durch Nachuntersuchungen bestätigt werden. Bei den behandelten Personen gab es keinen Anstieg der Schilddrüsenkrebshäufigkeit. In Weißrussland hingegen wurde keine Jodblockade durchgeführt. Dort ist nach der Reaktorkatastrophe der Schilddrüsenkrebs bei Kindern, der sonst extrem selten vorkommt, hundertmal häufiger aufgetreten.

(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Sabine Göddenhenrich
Umweltpolitische Sprecherin